

Noch sind die genauen Auswirkungen der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative der SVP nicht bekannt. Doch es ist nicht übertrieben, wenn wir festhalten, dass die Auswirkungen auf viele Bereiche im Grenzkanton Basel-Stadt negativ sein können. Mit einschneidenden Veränderungen muss in erster Linie in der Wirtschaft gerechnet werden. Das gilt insbesondere auch für die zwei Bereiche Bildung und Betreuung, für die nicht einfach und schnell Arbeitskräfte zu finden sind.

Mit dem Wissen, dass bis zur Umsetzung auf nationaler Ebene einige Jahren vergehen können und dass die Schulharmonisierung und Bildungsplanung eine langfristige Perspektive brauchen, möchte der Interpellant dennoch die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. In welchen Bildungs- und Betreuungsbereichen sind in Basel-Stadt wie viele GrenzgängerInnen beschäftigt?
Wie viele Lehrerinnen und Lehrer aus den Grenzregionen Deutschland und Frankreich arbeiten in Basel?
Wie viele GrenzgängerInnen arbeiten in tages- und familienergänzenden Angeboten?
2. Was für Auswirkungen hat die Annahme der Initiative auf die Harmonisierung des Schulsystems?
3. Die Nachfrage nach tages- und familienergänzenden Angeboten steigt. Wie kann der Kanton diese Nachfrage nach Betreuerinnen und Betreuern abdecken?
4. Ist der Kanton Basel-Stadt in der Lage diese Angebote ohne die Arbeit der GrenzgängerInnen aufrecht zu erhalten? Falls nicht, welche Massnahmen sieht die Regierung für die Bewältigung dieses Problems vor?
5. Viele Ausländerinnen und Ausländer, die jetzt in Basel arbeiten, Grenzgänger inbegriffen, sind verunsichert. Was kann die Basler Regierung tun, um diese Verunsicherung nicht noch zu erhöhen? Ist die Einrichtung einer entsprechenden Anlauf- oder Infostelle vorgesehen, oder vertritt die Regierung die Haltung, dass die Information primär eine Aufgabe der Arbeitgeber ist?
6. Wie andere Schweizer Grenzkantone ist auch Basel-Stadt in hohem Grade abhängig von zugewanderten Arbeitskräften und von Grenzgängern. Kann sich die Regierung vorstellen, ihre Zusammenarbeit mit anderen Grenzkantonen zur Ausarbeitung gemeinsamer Lösungsideen zu intensivieren?
7. Wird der Kanton sich dafür einsetzen, dass die Kontingente entsprechend dem Abstimmungsresultat verteilt werden?

Mustafa Atici